



BLICKPUNKTE



SPD
BUNDESTAGS
FRAKTION

Ausgabe Mai 2019

INHALT

Europa braucht
Gestaltungswillen

Deutschland bekommt ein
modernes
Einwanderungsgesetz

Renten steigen deutlich

Wir verstärken den Kampf
gegen Schwarzarbeit

CO₂-Steuer muss
sozialgerecht sein

Junge Menschen sollen
mehr BAföG bekommen

Wir stärken und erhöhen
das Wohngeld

Demokratie stärken –
Abschaffung der Stichwahl
stoppen

V.i.S.d.P.:
Ingrid Arndt-Brauer, MdB
Postfach 11 56
48600 Ochtrup
Tel.: 02553 / 977 10 53
Fax: 02553 / 977 10 54
Mail:
[ingrid.arndt-
brauer.wk01@bundestag.de](mailto:ingrid.arndt-brauer.wk01@bundestag.de)

Bildquellen
Kuppelinnenansicht: Klaus-Peter
Tuchscherer / pixelio.de

© Bild Arndt-Brauer: Deutscher
Bundestag / photothek/ Thomas
KoehlerGrund

Liebe Leserinnen und Leser,

am 26. Mai findet die Europawahl statt. Das ist nicht nur eine bedeutende Wahl für die Sozialdemokratie, es ist auch eine richtungsweisende Wahl für alle Europäerinnen und Europäer. Nationalistische Parteien drängen verstärkt in das Europaparlament. Diese Parteien stellen europäische Errungenschaften des Zusammenhalts in Frage, die uns Frieden und Freiheit gebracht haben. Es geht um viel und deswegen müssen wir für die EU und die Europawahl werben. Ein erfolgreiches Europa, das resistent gegen die Spaltung durch Rechtspopulisten ist, braucht Gestaltungswillen. In dieser Blickpunkte-Ausgabe erklären wir Ihnen, was die zentralen Punkte der SPD bei der Europawahl sind.

Darüber hinaus bekommen wir ein modernes Einwanderungsrecht mit dem wir Fachkräfte zielgenauer anwerben können und unnötige Barrieren abbauen. Für über 20 Millionen Rentnerinnen und Rentner wird es eine Rentenerhöhung von über drei Prozent geben. Wir stärken den Kampf gegen Schwarzarbeit, indem wir die Abteilung Finanzkontrolle Schwarzarbeit (FKS) beim Zoll mit mehr Kompetenzen ausstatten. Wir wollen eine Bepreisung von CO₂, die zum Klimaschutz beiträgt und sozialgerecht ausgestaltet ist. Wir werden das BAföG erhöhen und mehr jungen Menschen den Zugang ermöglichen, um mehr Bildungsgerechtigkeit zu schaffen. Wir wollen, dass sich alle Menschen vernünftiges Wohnen unabhängig vom Geldbeutel leisten können und erhöhen deshalb das Wohngeld. Außerdem werfen wir einen Blick in die Landespolitik. Die Landesregierung möchte die Stichwahl bei Bürgermeister- und Landratswahlen abschaffen. Die SPD stellt sich dagegen und möchte die Demokratie in den Kommunen stärken.

Bitte nutzen Sie das Wahlrecht und setzen mit Ihrem Kreuz ein Zeichen für mehr Zusammenhalt in Europa.

Ich wünsche Ihnen viel Freude beim Lesen.

Ihre
Ingrid Arndt-Brauer



Europa braucht Gestaltungswillen



Am 26. Mai ist die Europawahl. Nie war sie so wichtig wie heute. Nationalisten, die die Errungenschaften der EU in Frage stellen, könnten an Einfluss im Europaparlament gewinnen. Das Europa, wie wir es kennen, würde auf dem Spiel stehen. Freiheiten, wie wir sie kennen, könnten zur Disposition stehen. Umso wichtiger ist es, dass diejenigen zur Wahl gehen, die diese Errungenschaften schätzen. Vor wenigen Tagen haben wir am 8. Mai den Tag der Befreiung von der Nazi-Herrschaft gefeiert. Ein Tag, der die Schrecken beendet hat, zu der uns der Nationalismus geführt hat. Eine Konsequenz dieser Schrecken war der europäische Einigungsprozess, der uns die längste Friedenzeit in der europäischen Geschichte ermöglicht hat. Ein Einigungsprozess, der nach dem Zusammenbruch des Warschauer Paktes, die Grenzen fallen ließ und uns eine ungeahnte Freiheit gebracht hat. Ein Einigungsprozess, der uns in einer globalisierten Welt konkurrenzfähig aufgestellt und den Wohlstand gemehrt hat.

Heute erscheinen die Errungenschaften in Europa selbstverständlich. Dabei sind sie in ihrer Ausprägung weltweit einmalig und durch Nationalisten, die bereits in nationalen Regierungen innerhalb der EU sitzen, massiv gefährdet. Zur Europawahl müssen wir verstehen, dass es diese scheinbare Selbstverständlichkeit nicht gibt und dass es große Anstrengungen braucht, um die

Errungenschaften zu bewahren. Gerade zivilgesellschaftliche Gruppen haben das verstanden. In vielen Kommunen werben Gruppen für Europa und gehen Gruppierungen wie Pulse of Europe auf die Straße.

Die Rufe der Zivilgesellschaft fordern aber nicht allein die Bewahrung des Erreichten, sie fordern auch eine Fortentwicklung der Europäischen Union. „Europa machen“ heißt die Aktion der Europaunion, die aktuell unter anderem in Rheine mit vielen Programmpunkten stattfindet. Und „Europa bewahren“ muss auch „Europa machen“ heißen. Die Europäische Union hat nur eine Zukunft, wenn sie demokratischer wird, wenn sie sozialer wird und wenn sie für globale Herausforderungen konkrete Lösungen bietet.

Die SPD hat einen starken Gestaltungswillen. Das TV-Duell zwischen Frans Timmermans und Manfred Weber hat gezeigt, mit welchem Kommissionspräsidenten wir die EU weiterentwickeln können und wem es lediglich ein „weiter so“ gibt. Mit Frans Timmermans können wir die Herausforderungen aktiv angehen.

Was sind unsere Kernpunkte?

„Wir wollen mehr Demokratie wagen“. Dieser Satz von Willy Brandt gilt auch für die EU.

Dazu müssen wir vor allem die Institution stärken, die am besten demokratisch legitimiert ist: Das Europäische Parlament. Das Europäische Parlament ist die Repräsentation der Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union. Wir wollen ein Zwei-Stimmen-Wahlsystem mit einer europäischen Liste für alle Länder und regionalen Wahlkreisen mit DirektkandidatInnen, ähnlich dem System bei Landtags- und Bundestagswahlen. Wir wollen ein Gesetzesinitiativrecht für das Parlament. Bisher kann nur die Kommission Gesetzesinitiativen starten. Wir wollen ein Untersuchungs- und Kontrollrecht für das Europäische Parlament. Das Parlament muss Untersuchungsausschüsse beschließen, Personen vorladen und mit der Kommission mit qualifizierter Mehrheit das Misstrauen aussprechen können. Wir wollen mehr Transparenz durch ein verbindliches Lobbyregister für alle EU-Institutionen, wie wir es für das Parlament bereits haben. Und wir wollen das Einstimmigkeitsprinzip durch das Mehrheitsprinzip bei allen Entscheidungen des EU-Ministerrates einführen.

Europa muss sozialer und gerechter werden. Die Akzeptanz der EU hängt davon ab, ob das Leben in ihr von ihren Bürgerinnen und Bürgern als gerecht empfunden wird. Dazu wollen wir u.a. armutsfeste Mindestlöhne, die Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen und soziale Mindeststandards für alle Mitgliedsländer einführen. Wir wollen Konzerne

besteuern, Steuerkriminalität und Steuerdumping beenden. Es kann nicht sein, dass der lokale Bäcker EU-weit mehr Steuern bezahlt als ein globaler Konzern wie Starbucks. Global Player nutzen die Steuerunterschiede innerhalb der EU systematisch aus, um Steuern zu vermeiden. Wir wollen deshalb die Körperschaftssteuer EU-weit angleichen, Mindeststeuern für Unternehmen einführen, digitale Unternehmen besteuern und eine Finanztransaktionssteuer einführen.

Die EU muss Antworten auf die Herausforderungen haben, die die Nationalstaaten allein nicht lösen können. Klimaschutz, internationale Fluchtbewegungen, Globalisierung, Digitalisierung und Artensterben können nicht allein national bewältigt werden. Dazu brauchen wir mehr Gemeinsamkeit, mehr Zusammenhalt und handlungswillige Institutionen mit einem Kommissionspräsidenten Frans Timmermans. Er steht für diesen internationalen Ansatz. Denn nur international können diese Herausforderungen zum Vorteil aller angegangen werden. Rein nationale Lösungen haben auch immer internationale Auswirkungen, wie wir beispielsweise bei der Flüchtlingsfrage erleben mussten. Am Ende gibt es dabei aber keine Gewinner. Für einen internationalen Ansatz braucht es einen EU-weiten Ansatz. Dafür steht die SPD und dafür sollten wir alle bis zum 26. Mai werben.

ZITAT DES TAGES

Wenn Europa einmal einträchtig sein gemeinsames Erbe verwalten würde, dann könnten seine drei- oder vierhundert Millionen Einwohner ein Glück, einen Wohlstand und einen Ruhm ohne Grenzen genießen.

Sir Winston Churchill

Deutschland bekommt ein modernes Einwanderungsgesetz

Die SPD-Fraktion hat mehr als 20 Jahre darum gekämpft, die Union war immer dagegen, doch jetzt kommt es endlich: Deutschland bekommt ein Fachkräfteeinwanderungsgesetz. Der Bundestag hat am Donnerstag in erster Lesung über einen Gesetzentwurf der Koalition beraten.



Damit wird erstmals die Einwanderung in den Arbeitsmarkt nicht nur für Hochqualifizierte, sondern auch für alle Fachkräfte mit Berufsausbildung geöffnet und effektiv gesteuert. Denn klar ist: Zusätzliche Fachkräfte sind ein Fundament für unseren künftigen wirtschaftlichen Erfolg und garantieren so soziale Sicherheit für alle in Deutschland.

Die Koalition schafft nun klare Regeln, wer aus Drittstaaten (Staaten, die nicht zum europäischen Wirtschaftsraum gehören) kommen kann, und wer bleiben darf. Das wird die Akzeptanz für die dringend benötigte Zuwanderung von Fachkräften erhöhen.

In vielen Branchen und Regionen gibt es Vollbeschäftigung, und schon jetzt sind 1,6 Millionen Stellen längerfristig unbesetzt – Tendenz steigend. Deutschland braucht zusätzliche Fachkräfte.

Für die SPD-Fraktion steht deshalb die gute Aus- und Weiterbildung der Beschäftigten in Deutschland an erster Stelle. Dafür hat sie auch das Qualifizierungschancengesetz auf den Weg gebracht, das die Weiterbildung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern im

Strukturwandel fördert und setzt sich für die richtigen Rahmenbedingungen ein, etwa die Vereinbarkeit von Beruf und Familie oder die Eröffnung neuer Perspektiven für Langzeitarbeitslose.

Wegen des demografischen Wandels werden diese Maßnahmen allerdings nicht ausreichen. Neben der Qualifizierung und Weiterbildung inländischer Fachkräfte und der verstärkten Anwerbung von Fachkräften aus den Mitgliedstaaten der Europäischen Union ist unsere Wirtschaft langfristig auf gut qualifizierte Fachkräfte auch aus dem außereuropäischen Ausland angewiesen.

Aus diesem Grund öffnet die Koalition den deutschen Arbeitsmarkt erstmals vollständig auch für Menschen mit einer Berufsausbildung aus Drittstaaten. Wer ein konkretes Jobangebot hat und eine Qualifikation besitzt, die ihn zur Ausübung dieser Beschäftigung befähigt, kann zukünftig langfristig in Deutschland bleiben. Die bislang notwendige Vorrangprüfung fällt weg, kann aber bei Verschlechterung der Arbeitsmarktlage wiedereingeführt werden.

Mit dem vorgestellten Gesetzentwurf wird es künftig Fachkräften aus dem außereuropäischen Ausland erleichtert, eine Arbeit in Deutschland zu finden. Hindernisse bei der Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen sollen abgebaut werden. Dafür soll das Anerkennungsverfahren der Bundesagentur für Arbeit in Zukunft vollständig im Inland durchgeführt werden. Im Wege eines „beschleunigten Fachkräfteverfahrens“ soll zudem das bisher aufwändige Visa-Verfahren verkürzt werden. So baut die SPD-Fraktion Hürden ab, damit die so dringend benötigten Fachkräfte schneller einreisen können und somit auch schnell die Chance bekommen, sich ein Leben in unserer Gemeinschaft aufbauen zu können. Damit können wir Fachkräfte schneller und gezielter anwerben, um damit Lücken, zum Beispiel bei der ärztlichen Versorgung oder im Handwerk, zu schließen.

Für IT-Spezialisten wird übrigens als einzige Berufsgruppe die Möglichkeit geschaffen, auch ohne formalen Abschluss Zugang zum Arbeitsmarkt zu erhalten.

Die Arbeitsplatzsuche vor Ort stand bisher nur Akademikern offen. Jetzt sollen auch Fachkräfte mit abgeschlossener Berufsausbildung für bis zu sechs Monate einen Aufenthalt zur Arbeitsplatzsuche erhalten – solange sie über eine anerkannte Qualifikation, ausreichende Deutschkenntnisse und einen gesicherten Lebensunterhalt verfügen. Während dieser Zeit kann auch eine Probearbeit bis zu zehn Wochenstunden, etwa in Form eines Praktikums, ausgeübt werden.

Darüber hinaus schafft das geplante Gesetz die Möglichkeit, auch zur Suche eines Ausbildungsplatzes nach Deutschland zu kommen. Voraussetzungen sind hier neben der vollständigen Lebensunterhaltssicherung ein Abschluss, der zu einem Hochschulzugang in Deutschland berechtigt, gute deutsche Sprachkenntnisse (Niveau B2) und die Nicht-Vollendung des 25. Lebensjahres.

Das Gesetz stellt auch sicher, dass es nicht zu Lohndumping kommt. So müssen Bezahlung und Arbeitsbedingungen der ausländischen Fachkraft

denen vergleichbarer inländischer Arbeitnehmer entsprechen.

Die SPD-Fraktion will das Fachkräfteeinwanderungsgesetz noch vor der parlamentarischen Sommerpause verabschieden. Letztendlich bekommt Deutschland ein modernes Zuwanderungsrecht – ein großer Erfolg für ein weltoffenes, modernes, wirtschaftlich erfolgreiches und sozial stabiles Land.

Das Wichtigste zusammengefasst:

Die SPD-Fraktion will Zuwanderung steuern und qualifizierte Fachkräfte für den Arbeitsmarkt gewinnen. Deshalb öffnet sie den Arbeitsmarkt für alle Fachkräfte aus Drittstaaten mit Berufsausbildung. Dafür werden Hürden bei der Anerkennung von Berufsqualifikationen und der Visa-Ausstellung abgebaut und neue Möglichkeiten der Arbeitsplatz- und Ausbildungssuche im Inland geschaffen. Es kommt ein modernes Fachkräfteeinwanderungsgesetz.

Renten steigen deutlich

Auch in diesem Jahr können sich die Rentnerinnen und Rentner über ein kräftiges Renten-Plus freuen. Das deutliche Renten-Plus ist ein Zeichen für gute Beschäftigung auf dem Arbeitsmarkt und einer positiven Lohnentwicklung. Davon profitieren nun auch die über 20 Millionen Rentnerinnen und Rentner.

Die Renten steigen demnach ab dem 1. Juli in Westdeutschland um 3,18 Prozent und in Ostdeutschland um 3,91 Prozent. Eine Rente von 1.000 Euro erhöht sich in den alten Bundesländern um rund 32 Euro, in den neuen Bundesländern um rund 40 Euro. Damit wird auch ein weiterer Schritt hin zur Angleichung der Renten in Ost und West erreicht.

Die Rentenanpassung kann aber nur ein Schritt zu besseren Renten sein. Gerade bei Menschen, die lange eingezahlt haben und nur eine niedrige Rente bekommen, müssen wir mehr tun. Eine Grundrente, die die Lebensleistung anerkennt und vor Altersarmut schützt muss endlich eingeführt werden. Im ZDF-Politbarometer sprachen sich 61 Prozent der Befragten für die Grundrente aus. Es

gibt also in der gesamten Bevölkerung auf eine Besserstellung derjenigen, die viel geleistet haben, aber eine niedrige Rente erhalten.

Die Renten steigen!

Zum 1. Juli:
+ 3,91% im Osten
+ 3,18% im Westen

SPD
BUNDESTAGS
FRAKTION

Foto: ddp/stock.com

Wir verstärken den Kampf gegen Schwarzarbeit



Die Bundesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, die Finanzkontrolle Schwarzarbeit als Teil der Zollverwaltung (FKS) bei der Bekämpfung von illegaler Beschäftigung, Sozialleistungsmissbrauch und Schwarzarbeit weiter zu stärken. Schwarzarbeit und Sozialleistungsmissbrauch haben gravierende Beitragsausfälle in der Sozialversicherung und Ausfälle bei den Steuereinnahmen zur Folge und vermindern die Schutzrechte und Sozialleistungsansprüche der Betroffenen. In der Öffentlichkeit ist dieses Problem insbesondere über die Diskussion zu prekären Beschäftigung von Paketzustellern bekannt.

Darüber hinaus beeinträchtigen illegale Beschäftigung und Schwarzarbeit den Wettbewerb. Gesetzestreue Unternehmen können im Wettbewerb gegen die oft erheblich günstigeren illegal handelnden Anbieter nicht bestehen und werden in ihrer Existenz bedroht. Dies führt zum Verlust von legalen Arbeitsplätzen und verhindert die Schaffung neuer legaler Arbeitsplätze. Zusätzlich schädigen illegale Beschäftigungsverhältnisse rechtstreue Arbeitgeber und Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen, die mit ihren Sozialversicherungsbeiträgen die entstehenden Ausfälle ausgleichen müssen. Im Bereich des Kindergeldes hat seit mehreren Jahren die missbräuchliche Beantragung in organisierter Form zugenommen.

Mit diesem Gesetz wird die FKS zukünftig insbesondere in die Lage versetzt, nicht nur – wie

bisher – Fälle von illegaler Beschäftigung und Schwarzarbeit zu prüfen, bei denen tatsächlich Dienst- oder Werkleistungen erbracht wurden, sondern auch Fälle zu prüfen, bei denen Dienst- oder Werkleistungen noch nicht erbracht wurden, sich aber bereits anbahnen, oder bei denen Dienst- oder Werkleistungen nur vorgetäuscht werden, um zum Beispiel unberechtigt Sozialleistungen zu erhalten. Die FKS kann damit zukünftig auch gegen die immer größer werdenden Tagelöhnerbörsen vorgehen, auf denen illegale Beschäftigung im großen Stil organisiert wird.

Das Gesetz sieht auch umfassende Maßnahmen zur Bekämpfung der unberechtigten Inanspruchnahme von Kindergeld vor. Der Kindergeldanspruch wird stärker mit dem Freizügigkeitsrecht verknüpft. Die Familienkassen sollen auch überprüfen können, ob die Antragsteller über ein für die Leistungsgewährung ausreichendes Aufenthaltsrecht verfügen. Neu zugezogene und nicht erwerbstätige Unionsbürger erhalten künftig in den ersten drei Monaten keinen Anspruch auf Kindergeld mehr.

Für die Familienkasse wird die Möglichkeit geschaffen, laufende Kindergeldzahlungen in begründeten Zweifelsfällen vorläufig einzustellen. Diese bereits im Bereich der Arbeitsförderung vorhandene Verfahrensweise wird auf das Kindergeldrecht übertragen.

CO2-Steuer muss sozialgerecht sein

Der Klimawandel ist eine der größten Herausforderungen der heutigen Zeit. Von seiner Bewältigung hängt die Zukunftsperspektive unserer Kinder und Enkelkinder ab. Die Politik und die Gesellschaft müssen dieses Thema intensiver und ehrgeiziger bearbeiten. Deswegen braucht es eine Vielzahl von geeigneten Instrumenten. Eine CO2-Steuer innerhalb eines Instrumentenmixes wäre eine marktwirtschaftliche Idee, bei dem der CO2-Ausstoß bepreist und damit Anreize zur Reduktion geschaffen werden.

Dabei muss die SPD immer auch die sozialpolitischen Auswirkungen im Blick haben. Schwache Schultern können nicht so viel tragen wie starke Schultern. Für eine soziale Ausgestaltung des Klimaschutzes müssen niedrigere Einkommenschichten an anderer Stelle entlastet werden.

Ein weiteres Instrument für mehr Klimaschutz wäre eine Kerosinsteuer. Es ist nicht einzusehen, dass

andere Fortbewegungsmittel, die fossile Brennstoffe verbrauchen, steuerlich belastet werden, die Fluggesellschaften aber nicht. Eine EU-weite Einführung wäre sinnvoll. Dafür müssten jedoch noch alte Verträge aufgekündigt oder neu verhandelt werden. Die Steuerfreiheit geht auf das Chicagoer Abkommen vom 7. Dezember 1944 zurück, bei dem durch einen Verzicht auf eine Kerosinsteuer die Weltwirtschaft gefördert werden sollte, nachdem sie durch den zweiten Weltkrieg zusammengebrochen war. Heute stellt der Klimawandel die große Herausforderung dar, die es zu bewältigen gilt. Eine Kerosinsteuer, die in möglichst vielen Ländern gelten sollte, ergäbe Sinn. Außerdem sollte die Bahn gegenüber Inlandsflügen gefördert und bevorzugt werden. Aktuell wird sie stärker belastet als die Fluggesellschaften. Inlandsflüge machen keinen Sinn und sind für das Klima die viel schlechtere Alternative zur Bahn.

Junge Menschen sollen mehr BAföG bekommen

Mehr Bildungsgerechtigkeit ist eines der großen Anliegen der Sozialdemokratie. Mit der Erhöhung des BAföG setzt die SPD-Fraktion ein zentrales Versprechen aus dem Koalitionsvertrag um: mehr BAföG für mehr Studierende! Über 1,2 Milliarden Euro schwer ist die Novelle und sie wird deutliche Verbesserungen bei Fördersätzen, Wohnkosten und Schonvermögen bringen.

Mehr SchülerInnen und Studierende erhalten Anspruch auf Förderung. Damit erreichen wir mehr Unabhängigkeit für junge Menschen und mehr Chancengleichheit im Studium. Ein besseres BAföG ermöglicht, dass sich die Spaltung in der Gesellschaft nicht vertieft und sich Nachteile nicht verfestigen. Faire Bildungschancen sind eine Voraussetzung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt.



Wir stärken und erhöhen das Wohngeld



Wohngeld rauf!

Gutes Wohnen darf nicht vom Geldbeutel abhängen.

Foto: shutterstock.com/Trendsetter Images

Das Wohnen in deutschen Städten wird immer teurer. Immer mehr Menschen mit geringen Einkommen können sich das Leben in den Innenstädten nicht mehr erlauben. Das Wohnen wird zu der sozialen Frage in unserem Land.

Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist bezahlbarer Wohnraum ein Grundrecht. Neben Mietpreisbremse und Mietendeckelung ist die Erhöhung des Wohngeldes eine wichtige Maßnahme, diesem Grundrecht gerecht zu werden.

Jetzt rückt die dringend notwendige Reform des Wohngeldes in greifbare Nähe. Dank unseres Entschließungsantrages können wir jetzt noch im ersten Halbjahr in das gesetzgeberische Verfahren starten.

Die Wohngeldreform ermöglicht Menschen bezahlbares Wohnen in Deutschland. Mit der Reform wird die Reichweite des Wohngeldes gestärkt und das Leistungsniveau erhöht. So haben ab 2020 knapp 660.000 Haushalte Anspruch auf Wohngeld. Gleichzeitig gibt es mehr Geld. So wird

zum Beispiel der durchschnittliche Wohngeldbetrag eines Zwei-Personen-Haushalts von 145 Euro auf voraussichtlich 190 Euro steigen.

Mit der Dynamisierung des Wohngeldes setzen wir eine wichtige Forderung der SPD-Bundestagsfraktion um. Bisher erfolgte die Anpassung des Wohngeldes in unregelmäßigen Abständen. In Zukunft wird es alle zwei Jahre an die Entwicklung der Bestandsmieten und Einkommen angepasst. Dadurch wird die Zahl der Berechtigten künftig weniger schwanken. Das bedeutet auch, dass weniger Berechtigte infolge geringer Einkommensveränderungen in andere Hilfesysteme wechseln müssen.

Neu eingeführt wird die Mietenstufe VII. Die neue Mietenstufe trägt der starken Unterschiedlichkeit des Mietniveaus innerhalb Deutschlands Rechnung. Diese Mietenstufe erhalten nun Kreise und Gemeinden mit einer Abweichung des Mietenniveaus von 35 Prozent und höher gegenüber dem Bundesdurchschnitt.

Demokratie stärken – Abschaffung der Stichwahl stoppen

CDU und FDP in NRW wollen die Stichwahl bei Bürgermeister- und Landratswahlen abschaffen. Trotz erheblicher Kritik hat die schwarz-gelbe Mehrheit im Landtag NRW die Abschaffung im April beschlossen. Diese Entscheidung höhlt die kommunale Demokratie aus, nimmt BürgermeisterInnen und LandrätInnen die nötige Legitimation und verachtet den Mehrheitswillen in Kommunen und Kreisen.

Bereits 2007 hatte die damalige schwarz-gelbe Regierung die Stichwahl abgeschafft. Das Ergebnis war eine undemokratische Farce, bei der BürgermeisterInnen und LandrätInnen teilweise mit weniger als einem Drittel der Stimmen gewählt

wurden. AmtsinhaberInnen sollten die Legitimation der Mehrheit der Wählerinnen und Wähler haben, alles andere ist nicht vermittelbar. In einer Zeit, in der das Vertrauen in demokratische Institutionen ohnehin gelitten hat, muss der demokratische Einfluss gestärkt und nicht geschwächt werden.

Es darf nicht sein, dass jemand in ein Amt gewählt wird, den die Mehrheit gar nicht in diesem Amt sehen möchte. Deswegen muss es bei mehr als zwei KandidatInnen zwingend eine Stichwahl geben, wenn keine Mehrheit erreicht wurde. Nur das ist im Interesse der demokratischen Willensbildung. Die SPD in NRW wird deshalb Klage einreichen.

